

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

B/XX. 200

Bonn, den 18. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Abdruck der CDU</u>	42

Auf der Suche nach einem neuen Parteivorsitzenden

2	<u>Pro Quadratmeter 700 DM</u>	50
---	--------------------------------	----

Grund- und Mietpreise gehen in die Höhe

3 - 4	<u>Die Verwaltung einer Großstadt</u>	86
-------	---------------------------------------	----

Ein Riesen-Dienstleistungsbetrieb

5 - 6	<u>Schweizer Außenpolitik</u>	91
-------	-------------------------------	----

Kurs auf "positive Neutralität"

Von Pierre Simonitsch

Alpdruck der CDU

Auf der Suche nach einem neuen Parteivorsitzenden

sp - Die Neigung innerhalb der CDU, ihren bisherigen Parteivorsitzenden Konrad Adenauer auf dem nächsten Parteitag abzuwählen und ihn durch einen Jüngeren zu ersetzen, nimmt an Intensität zu. Mit dem Parteivorsitz verfügt der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik über eine starke Stellung, aus der heraus er seinem Nachfolger auf dem Kanzlerstuhl schon manchen Verdruß, Ärger und Unbequemlichkeit bereitete.

Der alte Herr aus Rhöndorf ist in dieser Richtung nicht pingelig, er läßt seinem Zorn freien Lauf und scheut sich gelegentlich auch nicht, die Politik, die sein Nachfolger vertritt, offen in Frage zu stellen. Sofern dies innerdeutsche Angelegenheiten betrifft, mag dies noch angehen; es bleibt sozusagen eine Hausache der CDU. Was aber, wenn sich zwischen dem Bundeskanzler und dem Parteivorsitzenden auf dem Gebiet der Außenpolitik schwere Reibungsflächen ergeben? Dann wird es brenzlig, dann gerät die deutsche Politik in die Gefahr, ins Zwielicht zu geraten.

So hatte die deutsche Vertretung in Washington viele Mühe, wiedergutzumachen, was Adenauers Paukenschlag gegen die amerikanischen Abrüstungsvorschläge in Genf, die ja zuvor die Zustimmung der Bundesregierung fanden, an Schäden stiftete. Solche Einzeltoeren könnten sich wiederholen.

Wird es zu einer Personalunion zwischen Kanzleramt und Parteivorsitz kommen? Erhard gehört nicht zu den Vätern der CDU, er stand ihrer Gründung fern. Verhältnismäßig spät trat er der CDU bei, aber er fühlte sich nicht als ein eigentlicher Parteimann. Heute mag er bereuen, daß er vor zwei Jahren mit dem Wechsel im Kanzleramt auch nicht einen Wechsel im CDU-Parteivorsitz anstrebte. Es ist fraglich, ob ihm der Griff nach dem Parteivorsitz gelingt. Gegen ihn als möglichen Parteivorsitzenden erheben sich innerhalb der CDU mannigfache Widerstände. Viele schätzen ihn zwar als Wahlkampflokomotive, bezweifeln seine Fähigkeit, ein Motor für die Partei zu sein, der ihr neue Dynamik und Profil verleiht.

Genannt werden nun als Nachfolger Adenauers Barzel, der geschäftsführende Vorsitzende Dufries und Wehrungsbauminister Lübke: Männer, die über eine starke Parteifolgschaft verfügen. Sie müßten es wagen, sich Adenauer zu stellen. Dieser zeigt zurüchzt noch keine Bereitschaft zum Abdanken. Von ihm selbst liegt keine Äußerung über seine mögliche Nachfolge vor, Gedanken und Spekulationen darüber weist er widerwillig von sich. Gewiß aber dürfte er alles versuchen, den Wechsel im Parteivorsitz so lange als möglich hinauszuhalten, ein Aspekt, der schon vielen CDU-Politikern zum Alpdruck geworden ist.

Pro Quadratmeter 700 DM

Grund- und Mietpreise gehen in die Höhe

sp - Der Ring Deutscher Makler legte vor einigen Tagen umfassendes Zahlenmaterial über die Preise von Boden, Bauten und Mieten in der Bundesrepublik vor. Die Zahlen haben den Vorteil, daß sie aus der Praxis stammen und nicht etwa der politischen Wunschtendenz eines Bundeswohnungsbauministeriums über einen angeblich nicht mehr vorhandenen Wohnungsmangel entspringen.

Zusammenfassend berichten die Makler, die Grundstückspreise, die Preise für Neubauten und die Kosten der Mieten sind weiter enorm angestiegen. Zudem grassiert immer noch das Unwesen der horrenden Mietevorauszahlungen. Die Preiswelle setzt bei den Bodenpreisen ein. Grund- und Boden sind in der Bundesrepublik knapp. Wegen der ungerichteten Steuerverteilung sind Städte und Gemeinden nicht in der Lage, sich einen ausreichenden Grundstückerwerb zuzulegen.

So sind denn in der Spitze in Hannover für jeden Quadratmeter Bauland bis zu 700 DM in der Innenstadt, bis zu 120 DM in den Vororten und bis zu 60 DM in den Randgebieten zu zahlen. In München liegen die entsprechenden Preise bei 800, 200 und 140 DM. Eine stolze Höhe erreicht auch Düsseldorf mit 500, 250 und 100 DM. Von einem Preisrückgang ist nirgends etwas zu spüren. Die Ankündigung des Bundeswohnungsbauministeriums, man werde Grundbesitz des Staates zum Druck auf die Grundstückspreise zum Verkauf freigeben, war nichts weiter als ein Schlag ins Wasser.

Wo die Grundstückspreise hoch sind, können die Baukosten und Mieten nicht niedrig sein. In der Spitze stiegen die Baupreise für jeden Kubikmeter umbauten Raumes in Hamburg vom August letzten Jahres bis zum August dieses Jahres von 140 auf 160 DM und in Mainz von 130 auf 160 DM. Für den sozialen Wohnungsbau ohne Heizung gilt der Kubikmeterpreis heute von 140 DM in Frankfurt und bis zu 160 DM in Bremerhaven, Hamburg, Kassel oder Sigmaringen. Hier gibt es denn eine eingebaute Heizung.

Die geforderten Mietevorauszahlungen sind weiter angestiegen. An der Spitze liegt Hannover. Für einen Quadratmeter Wohnfläche stieg die Vorauszahlung in Jahresfrist von 60 auf 100 DM. Für eine 60 qm große Wohnung sind es also 8.000 DM Mietevorauszahlung. In Duisburg liegt dieser Betrag bei 100 DM und in Kiel sogar bei 130 DM. Die Zahlenreihen ließen sich fortsetzen. Sie beleuchten immer wieder Grundstücks- und Wohnungsmangel treiber die Baupreise in die Höhe.

In Bonn basteln die Koalitionsparteien am Regierungsprogramm. Man hätte nun gern gewußt, was in den nächsten vier Jahren getan werden soll, um zu erträglichen Bodenpreisen und Mieten zu kommen. Es kann doch wohl nicht so enden, daß jeder, der eine größere und bessere Wohnung wünscht, unweigerlich zum Rathaus laufen muß, um dort einen staatlichen Mietzuschuß zu beantragen. Gesund ist der Bau- und Grundstücksmarkt doch nur dann, wenn die Preise erschwinglich sind und auf dem europäischen Standard liegen. Es war doch wohl nicht ernst gemeint als man glaubte, mit dem Verkauf einiger Kleinstflächen aus Staatsbesitz den Grundstückspreis regulieren zu können.

Die Verwaltung einer Großstadt

Ein Riesen-Dienstleistungsbetrieb

rh. - Wenn die Öffentlichkeit, wie kürzlich beim neuen Hamburger Haushalt, darüber unterrichtet wird, daß die persönlichen Ausgaben mehr als ein Drittel der jährlich verfügbaren Mittel in Anspruch nehmen, dann reagieren viele mit der Feststellung oder Behauptung, "die" Bürokratie werde von Jahr zu Jahr kostspieliger und "das Verwalten allein" verschlinge immer mehr Steuergelder. Denn unter "persönlichen Ausgaben" subsumiert man in der Öffentlichkeit allzu gerne nur den Aufwand für die Beamten und Angestellten, mit denen man es bei den Ämtern und Behörden zu tun hat. Man macht sich kaum Gedanken darüber, daß die Verwaltung einer Großstadt in Wirklichkeit ein Riesen-Dienstleistungsbetrieb ist, in dessen Finanzgebarung die wirklichen Verwaltungsbeamten und Verwaltungsangestellten keine maßgebende Rolle spielen. In der Großstadt Hamburg mit ihren 1,35 Millionen Einwohnern und dem größten Hafen Deutschlands entspricht die Zahl der Verwaltungskräfte (ohne Schreibkräfte) nur knapp 13 Prozent der Gesamtzahl der beim Stadt-Staat Hamburg Beschäftigten.

Aufschlußreiche Untersuchung

Der Ltd. Regierungsdirektor Becker und der Regierungsoberinspektor Arp vom Hamburger Organisationsamt haben über das Thema "Hamburgs größter Dienstleistungsbetrieb" eine Untersuchung angestellt, deren Ergebnis geeignet ist, viele Vorurteile über die "teure Verwaltung" einer heutigen Großkommune auszuräumen und zugleich die interessierten Kreise der Öffentlichkeit dahin zu bringen, sich einmal ernsthaft Gedanken darüber zu machen, welche Funktionen als ein Riesen-Dienstleistungsbetrieb (neben den reinen Verwaltungsaufgaben) heute eine solche Stadtverwaltung zu erfüllen hat. Die Summe dieser Dienstleistungen ist so gewaltig und die Zahl der dabei beschäftigten Personen so groß, daß die dafür aufgewendeten Mittel durchaus angebracht sind. In der Untersuchung sind 18 Gruppen von Berufstätigen verzeichnet, die bei den unmittelbaren Diensten für die Bürger tätig sind, wobei die Verwaltungsbeamten und die Verwaltungsangestellten und Schreibkräfte nur zwei dieser 18 Gruppen umfassen.

Die Hamburger Verwaltung zählte am 1. April dieses Jahres 88 257 Beschäftigte, wobei auch die nicht Vollbeschäftigten erfaßt sind. Wenn man diese 9 500 nicht Vollbeschäftigten auf volle Kräfte umrechnet, vermindert sich deren Zahl auf 84 800, einschließlich von rund 5 000 Nachwuchskräften. Es bleiben somit knapp 80 000 vollwertige Arbeitskräfte. Die Zusammenfassung der an sich Hunderten von Berufen, die der öffentliche Dienst umfaßt, in 18 Berufsgruppen ergibt ein plastisches Bild von den Diensten, die der Bürger von allen in einer Großstadt "von seiner Stadt"

erwartet und die als selbstverständlich in Anspruch zu nehmen er in der heutigen modernen Gesellschaft als ein unbestreitbares Recht ansieht.

Die Stadt als Arbeitgeber

Die meisten dieser Bürger werden überrascht sein, zu erfahren, daß die großen Gruppen der (von Hamburg) Beschäftigten von den Lehrern, den Polizeibeamten, den Krankenschwestern und den insbesondere bei der Müllabfuhr, der Straßenreinigung und in Werkstätten tätigen Arbeiter gebildet werden. Im Dienste der hamburgischen Verwaltung stehen 10 502 Lehrer, 7 382 Polizei- und Kriminalpolizeibeamte, 7 284 Krankenschwestern und Krankenpfleger und 13 098 Arbeiter der Müllabfuhr, der Straßenreinigung, des Straßen- und Gartenbaus, Handwerker in Werkstättenbetrieben, Hauspersonal, Matrosen der städtischen Schiffe u.a. Große Gruppen sind dann nur noch die Verwaltungsangestellten einschließlich der Schreibkräfte mit 10 338 Personen und die Reinmachefrauen in Schulen, Krankenhäusern, Verwaltungsgebäuden usw. mit 7 138 Personen. Für die Öffentlichkeit nicht minder überraschend ist die Tatsache, daß in Hamburg nur halb soviel Finanzbeamte und Finanzangestellte (3 636) als Reinmachefrauen beschäftigt werden und daß mehr Hochschullehrer und Wissenschaftler (1 603) als Feuerwehrbeamte (1 351) im Staatsdienst stehen. Die Gruppe Betriebsdienst (Boten, Hausmeister, Werkstättenpersonal, Schiffsbesatzungen, Wirtschaftspersonal in Krankenhäusern und Heimen, Schleusenwarte, Sielwarte u.a.) umfaßt 4 987 Personen, sie wird von den Technikern und technischen Hilfskräften mit 5 584 Personen leicht übertroffen.

Zunahme an Arbeitskräften: jährlich 1 600

Um das Bild der öffentlichen Dienste außerhalb der reinen Verwaltung (neben den 10 338 Verwaltungsangestellten und Schreibkräften gibt es 4 312 Verwaltungsbeamte, demnach nur 4,9 Prozent der Gesamtzahl) zu vervollständigen, sei noch verzeichnet, daß es in Hamburg 3 507 Richter, Staatsanwälte, Justizbeamte und Justizangestellte und dazu 952 Strafvollzugsbeamte gibt, daß die Zahl der Ärzte, Tierärzte und Apotheker (in hamburgischen Diensten) mit 1 696 angegeben wird, die des ärztlichen Hilfspersonals mit 365 und die des wissenschaftlichen Hilfspersonals mit 384. Von 1951 bis 1965 hat die Zahl der vollbeschäftigten Kräfte von fast 63 000 auf 60 000, demnach um 23 000 Personen oder etwa 1 600 jährlich zugenommen. Das ist, wie es in der genannten Untersuchung heißt, nicht zuletzt auf die allgemeine Neigung zurückzuführen, im privaten, wirtschaftlichen und öffentlichen Bereich in immer stärkerem Maße Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen: "Der Staat vollbringt mit seinen Lehrern, Polizisten, Ärzten, Krankenschwestern, Richtern, Fürsorgern, Müllarbeitern und vielen anderen Berufsgruppen überwiegend Dienstleistungen."

Schweizer Aussenpolitik

Kurs auf "positive Neutralität"

Von Pierre Simonitsch

Jedermann weiß, daß die Schweiz seit dem Wiener Kongreß von 1815 neutral ist. Daß die Schweiz auch eine Außenpolitik hat, ist weniger bekannt. Dabei leisten allein der außenpolitische Grundsatz der Lidgerossen, nicht den fremden Regierungen, sondern den Staaten als solche die diplomatische Anerkennung zuteilwerden zu lassen, manchen Ländern wertvolle Hilfe: Die Schweiz vertritt als Schutzmacht unter anderem die amerikanischen Interessen in Kuba, Rumänien in Spanien, die Bundesrepublik in Algerien, Irak in der Bundesrepublik, den Iran in Israel, Portugal in Senegal, Großbritannien in Guatemala und die Philippinen in Bulgarien. Rotchina unterhält in Bern eine Botschaft und in Genf ein Generalkonsulat.

Beitritt zur UNO - Gründe dagegen

Kürzlich fand nun im Nationalrat auf Verlangen zweier Abgeordneter eine außenpolitische Debatte statt. Der Vorsteher des Politischen Departements (Außenministerium), Bundesrat Fritz Traugott Wahlen, erklärte in einer bemerkenswerten Standortbestimmung, die Neutralität sei kein Dogma, sondern nur ein Werkzeug der Politik, das dauernd auf seine Tauglichkeit überprüft werden müsse. Diese Neutralität müsse sich, um glaubhaft zu sein, auf eine ausreichende Landesverteidigung berufen können. Soweit bleibt alles beim alten. Auch was den von breiten Volksschichten verlangten Beitritt der Schweiz zur UNO anbelangt, sieht der Bundesrat die Zeit für einen solchen Schritt noch nicht gekommen. Eine sorgfältige Abwägung der Vor- und Nachteile eines Beitritts zu den Vereinten Nationen bringt die Regierung zu dem Schluß, daß heute ein solcher Schritt nicht nur vom Standpunkt der Schweiz, sondern unter gewissen Gesichtspunkten auch vom Standpunkt der Vereinten Nationen unzweckmässig wäre, daß es die Regierung aber nach wie vor als ihre Aufgabe betrachte, die Frage fortlaufend zu prüfen.

Unter den Gründen, die laut Bundesrat Wahlen für einen Beitritt sprechen, sei in erster Linie die Tatsache, daß die Ziele der UNO auch diejenigen der Schweiz sind. Mit der Annäherung der UNO an die Universalität werden sich die multilateralen Bestrebungen überregionalen Charakters immer mehr in ihrem Rahmen abwickeln; dies bringt für den Aufstehenden eine erhöhte Gefahr der Isolierung mit sich. Allerdings seien der Schweiz aus der bisherigen Nichtmitgliedschaft keine Nachteile erwachsen. (Die Schweiz ist in fast allen UNO-Spezialorganisationen vertreten.) Gegen den Beitritt der Eidgenossenschaft sprechen aber nach Ansicht Bundesrat Wahlen noch immer einige schwerwiegende Gründe. Erstens könne ein solcher Beitritt nur unter der Bedingung einer ausdrücklichen Anerkennung der Neutralität erfolgen, was eine Befreiung von wichtigen Bestimmungen der UNO-Charta bedingt. Die UNO-Mitgliedschaft würde die Schweiz auch zwingen, zu zahlreichen politischen Problemen und Konflikten Stellung zu beziehen. Mit einer konsequenten Stimmenthaltung wäre weder der Schweiz noch der Organisation gedient - abgesehen davon, daß selbst die Stimmenthaltung deutliche Stellungnahme bedeuten kann. Zur Leistung guter Dienste für die Völkerverständigung könne nur die über jeden Verdacht stehende neutrale Haltung eines Landes die reale Basis bieten, und es sei noch nie vorgekommen, daß eine der zahlreichen Delegationen unter dem Eindruck nach Genf reisen mußte, mit der Schweiz in einer akuten Konfliktsituation zu stehen. Diese gute

Verhandlungsatmosphäre zu pflegen, ist ein großes Anliegen der Schweizer Behörden.

Truppenkontingente für die Vereinten Nationen?

Nichtsdestoweniger zeigt sich nun die Schweiz zum erstemal bereit, in vertretbaren Fällen UNO-Friedensaktionen direkt zu unterstützen. "Sollte es den Vereinten Nationen gelingen, nach Überwindung ihrer gegenwärtigen Krise klare Grundlagen für friedenserhaltende Aktionen zu schaffen", erklärte Bundesrat Wahlen, "so könnte die Frage an uns herantreten, ob wir ähnlich wie Schweden und Österreich solche Unternehmen mit Truppenkontingenten unterstützen sollten, da die Mitwirkung neutraler Kleinstaaten in solchen Fällen besondere wertvoll ist." Diese Frage müsse geprüft werden.

Was Europa angeht, so ist der Schweizer Außenminister der Ansicht, daß die gegenwärtige EWG-Krise jeder Versuch eines "Brückenschlags" zwischen EFTA und EWG illusorisch erscheinen läßt. Auf längere Sicht könne die Krise möglicherweise aber auch eine positive Seite haben. Es würde nämlich dadurch die Erkenntnis gefördert, daß ein eingelegtes Europa nicht konstruiert werden kann, sondern in organischem Wachstum entstehen muß. Auf die Teilung Europas in Ost und West ging der Sprecher nur indirekt ein, indem er den Grundsatz bekräftigte, daß die staatliche Neutralitätsmaxime den Bürger nicht zur Gesinnungsneutralität verpflichte. Der Bürger trage in der "direkten Demokratie" nach Schweizer Muster eine größere Verantwortung als in der parlamentarischen Demokratie.

Das Verhältnis zum Osten

Die Ausführungen des Außenministers wurden vom Nationalrat praktisch ohne Widerspruch hingenommen. Selbst dem Sprecher der "Partei der Arbeit" (KP) ging es nur um die Setzung der Akzente. Ein Basler Sozialdemokrat erklärte sich als Interpellant nur teilweise befriedigt, da ihm die sehr reservierte Haltung des Bundesrates der UNO gegenüber schwer verständlich sei. Ein bürgerlicher Abgeordneter aus Genf verwies auf die Fehler der Schweiz - zu denen er Fremdenhaß und Brückierungen des Ostens rechnet -, die im Ausland verheerend gewirkt haben. Was die Brückierungen der kommunistischen Staaten angeht, so kann der Schweizer Regierung in den letzten Jahren kaum noch ein Vorwurf gemacht werden. Mit dem Nachlassen der Gefahr aus dem Osten und dem Einsetzen des Osthandels hat der primitive Antikommunismus schlagartig aufgehört. Nunmehr versucht die Schweizer Diplomatie, die alte Tendenz zum Isolationismus in jeder Beziehung abzuschwächen. Sie inspiert sich dabei vorsichtig - ohne dies zugeben zu wollen - an der "positiven Neutralität" des Nachbarn Österreich. Neben dem Ruf zum UNO-Befritt besteht in der Schweiz in letzter Zeit auch eine verstärkte Neigung zur Ratifizierung der Straßburger Menschenrechtskonvention. Die Sache hat aber einen Haken: Die Eidgenossen müßten dann nämlich das Frauenstimmrecht einführen...